

## **Inhalt der Sitzung vom 18.09.2006**

### **TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.07.2006 gefassten Beschlüsse**

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 31.07.2006 dem Antrag auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft der TSG Eintracht Plankstadt 1890 e.V. entsprochen hat.

### **TOP Ö 2 Feststellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2005 und der Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2005**

Bürgermeister Huckele erläuterte zusammenfassend das umfangreiche Regelwerk. Zwar könnten bessere Zahlen präsentiert werden, als das nach dem Haushaltsplan und Nachtragshaushalt zu erwarten war, doch wiederum gab es eine negative Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt. Die negativen Zuführungen wurden in den letzten Jahren mit Sparwillen und umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen von ursprünglich 915.000 Euro in 2003, 830.000 Euro in 2004 auf 679.000 Euro in 2005 reduziert. Erfreulich, so der Bürgermeister weiter, sei, dass Plankstadt den höchsten prozentualen Einwohnerzuwachs unter den 54 kreisangehörigen Gemeinden aufweist. Der Anstieg um 199 Einwohner – davon ca. 50 Kinder – ist auf die neuen Baugebiete in der Siedlung (Im Blumenhof, Im Rosenhof und Antoniusweg) sowie der Keesgrieb zurückzuführen. Durch das Baugebiet Gässeläcker werden weitere Zuwächse erwartet; dies sei ein erfreulicher Gegentrend zur allgemeinen demographischen Entwicklung.

Die Pro-Kopfverschuldung wurde mit 657 Euro (Landesdurchschnitt 766 Euro) - Hoheitsverwaltung 518 Euro, Wasserversorgung 138 Euro – durch die Darlehenstilgungen in Höhe von 152.000 Euro weiter abgebaut. Obwohl nur das Nötigste investiert und der Rücklage 269.000 Euro entnommen wurde, konnte die Ausweisung eines Fehlbetrags in Höhe von 239.000 Euro nicht vermieden werden. Der Bürgermeister betonte jedoch, dass dieser Fehlbetrag bereits im laufenden Jahr abgedeckt wurde und nach dem derzeitigen Stand sogar eine Rücklagezuführung möglich werde.

Im Bereich Wasserversorgung war ursprünglich von einem Gewinn in Höhe von 35.000 Euro und einer Konzessionsabgabe für den Gemeindehaushalt in Höhe von 70.000 Euro kalkuliert worden. Da der Frischwasserbezug 2005 jedoch deutlich abnahm, konnte nur ein geringerer Gewinn in Höhe von 25.000 Euro ausgewiesen werden. Die Wasserverluste lagen mit 10,5 % im Jahresmittel.

Aufgrund der Verbrauchsmengen in den ersten sieben Monaten kann für 2006 jedoch wieder mit einem größeren Frischwasserbezug gerechnet werden. Bürgermeister Huckele ging anhand eines Artikels auf die Konsequenz des Wassersparens und den damit einhergehenden Anstieg der Verbrauchskosten ein.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) sah das umfangreiche Regelwerk als Ergebnis der Beschlüsse des Gemeinderats und der Vorgaben der Verwaltung und bewertete das vorgelegte Rechenergebnis als positiv im Vergleich zu den Eckdaten des Haushaltsplans. Ein genaueres Hinsehen lasse jedoch nur einen geringen Spielraum für Investitionen zu. Trotz der Tilgung in Höhe von 152.000 Euro stelle der Schuldenstand immer noch eine stattliche Summe dar. Kritisch sah sie die negative Zuführung sowie die Rücklagenentnahmen in den vergangenen Jahren, die erstmals zu dem gesetzlichen Minimumbestand führten.

Das Jahr 2006 zeige zwar eine Entspannung der Finanzsituation, doch im Hinblick auf die Erhöhung der Kreisumlage und die Mindestrücklage kann man nur hoffen, dass die Finanzen stabil bleiben.

Wenn die positive Entwicklung anhalte, so die Fraktionsvorsitzende der CDU weiter, könne überlegt werden die Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer von 2004 und 2006 zum Wohle der Bürger teilweise wieder zurückzunehmen.

Die Verwaltung zeige Sparwillen, so Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU), dies solle aber nicht auf Kosten einzelner Mitarbeiter geschehen. Die einzelnen Bereiche sollten optimiert und ggf. Aufgaben verlagert werden. Den angegebenen Wasserverlust von über 10% sah sie als immer noch zu hoch an.

Mit dem Dank an das Kämmereiamt für die ausführlichen Erklärungen signalisierte sie Zustimmung seitens ihrer Fraktion zur Jahresrechnung und Werksrechnung 2005.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) bemängelte, dass bei den Haushaltsstellen nur die Endsummen ersichtlich seien und wünschte sich die Einführung des neuen EDV Finanzwesenverfahrens.

Bürgermeister Huckele erläuterte dazu, dass das Anwendungsverfahren „Finanzwesen Classic“ (seit 1975 im Einsatz) zum 01.01.2008 abgelöst werden soll.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) hielt fest, dass 2005 erstmalig ein Fehlbetrag ausgewiesen werden musste und machte dafür die gescheiterte Grundstücksveräußerung im Gebiet Gässeläcker verantwortlich. Weiter stellte sie fest, dass bei einer Addition des Anteils der Verschuldung des Zweckverbandes Bezirk Schwetzingen (ca. 167 Euro pro Einwohner) die Pro-Kopf-Verschuldung bei über 800 Euro liegen würde. Auch sie sah die Reduzierung der Rücklage auf das gesetzliche Minimum als bedenklich an. Die Erhöhung der Gebühren und Steuern zeige den Konsolidierungswillen der Verwaltung. Im Bereich Personalkosten hoffte sie auf eine weitere Reduzierung bei Wegfall der Altersteilzeitvereinbarungen.

Vom Vorsitzenden erfragte die Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) weiter, wie die Reduzierung der Kosten der ehrenamtlichen Tätigkeiten zu erklären sei und wieso die Mieten bei den Sozialwohnungen gestiegen seien.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass 2004 die Wahlen (Kommunal- und Europawahl) erhöhte Kosten verursacht hätten. Die Mieten bei den Sozialwohnungen im Heinrich-Heine-Weg mussten aufgrund gesetzlicher Vorgaben (LAKRA-Darlehen) angepasst werden. Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher betonte, dass die Mieter und auch die Bürger zunehmend keine weiteren Erhöhungen der Nebenkosten tragen können.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) bemängelte die gestiegenen Energiekosten bei allen Einrichtungen, machte aber deutlich, dass es das Bestreben der Plankstadter Liste sei, das Hallenbad zu erhalten. Weiter hinterfragte sie eine Spende für Geräte auf dem Spielplatz in der „Keesgrieb“ sowie die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 17.000 Euro.

Bürgermeister Huckele klärte auf, dass es in 2005 noch keine Verordnung zur Offenlegung von Spenden im Gemeinderat gegeben habe und somit direkt vereinnahmt wurde.

BAL Boxheimer erläuterte, dass der ursprüngliche Ansatz für die Spielgeräte zu gering angesetzt gewesen sei und Bürgermeister Huckele ergänzte, dass gerade im Hinblick auf die besondere Haushaltssituation im Jahr 2005 die Ausgabenansätze generell sehr restriktiv angesetzt worden waren.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) befürchtete, dass im Hinblick auf die Begrenzung der Ausgaben auf das Notwendigste in absehbarer Zeit die Folgekosten dieser Spar-Politik spürbar werden. Sie machte den Vorschlag, die Kliba einzuschalten, um alle Bereiche entsprechend zu überprüfen.

Einen Wasserverlust von 10 % sah sie als zu hoch an und bat die Verwaltung diesbezüglich Lösungsansätze aufzuzeigen. Außerdem hinterfragte sie die Planüberschreitung bei den Fremdleistungen. Dies erklärten Bürgermeister Huckele und BAL Boxheimer mit der Beauftragung der Fa. Wiegand bei Rohrbrüchen, dem Austausch von Schiebern sowie dem restriktiven Haushaltsansatz.

Für die geleistete Arbeit und das umfangreiche Zahlenwerk bedankte sie sich beim Rechnungsamtsleiter und Bürgermeister. Für ihre Fraktion signalisierte sie die Zustimmung.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) übermittelte ebenfalls den Dank seiner Fraktion an die Kämmerei und stellte fest, dass die Jahresrechnung 2005 keine direkte Punktlandung geworden sei, nachdem eine deutliche Rücklagenentnahme notwendig wurde sowie ein Fehlbetrag ausgewiesen werden musste. Er stellte jedoch fest, dass die finanzielle Situation nicht hausgemacht sondern fremdbestimmt war.

Zum Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung vermisste er eine entsprechende Aufstellung von Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis. Er verzichtete darauf, einzelne Posten und Zahlen zu wiederholen und hinterfragte den Deckungsgrad der Schwimmhalle. Die Einnahmen aus der Vermietung, beispielsweise durch die privaten Schwimmangebote, seien aus der Gesamtsumme leider nicht zu ersehen. Der Zuschussbedarf von fast 300.000 Euro und die niedrigen Nutzungsentgelte würden aufzeigen, dass die Akzeptanz des Schwimmbades nachlasse. Dies sei zum Teil durch das „Aufmöbeln“ der Schwimmbäder in den umliegenden Gemeinden begründet. Durch eine Erhöhung der Gebühren wären jedoch keine deutlichen Mehreinnahmen zu erwarten, so dass man es weiterhin bei den günstigen Eintrittspreisen belassen sollte.

Das große Defizit im Haushaltsjahr 2005 erklärte er durch die fehlenden Grundstücksverkäufe im Gebiet Gasseläcker, die erst im Jahr 2006 erfolgen konnten. Er empfahl der Verwaltung die Einnahmen künftig vorsichtiger zu kalkulieren.

Mit Versprechungen von Steuersenkungen sollte man vorsichtig umgehen. Auch in der Zukunft sollte die Haushaltskonsolidierung vorrangig sein und ggf. die Sozialschwachen differenziert betrachtet werden.

Am Schluss seiner Ausführungen erkundigte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende nach dem Stand der eigenen Wasserförderung und den bisherigen Ergebnissen der beauftragten MVV.

Bürgermeister Huckele verwies auf die Sitzung des UTB-Ausschusses am Donnerstag, den 21.09., bei der dies als Tagesordnungspunkt behandelt wird.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) sah den Unterschied zwischen dem Rechenschaftsbericht 2004 und 2005 nur in Nuancen. In den letzten Jahren wurde der Haushaltsausgleich mit Grundstückserlösen und Rücklagenentnahmen erreicht. Im Hinblick auf dem Stand der allgemeinen Rücklage stellte er sich die Frage, wie künftig ein Haushaltsausgleich erreicht werden soll. Zudem bedauerte er, dass die Grundstückserlöse geringer ausgefallen sind, als sie im Nachtragshaushalt 2005 angesetzt waren.

Der Rechenschaftsbericht zeige, trotz einer Rücklagenentnahme, einen Fehlbetrag zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts auf, so Gemeinderat Ulf-Udo Hohl weiter. Das Gemeindevermögen habe sich durch die Grundstücksverkäufe und die Abschreibungen erheblich reduziert. Die GLP-Fraktion würde eine Zunahme bei den Investitionstätigkeiten begrüßen.

Die Zunahme bei der Inanspruchnahme von Kassenkrediten betrachtete er als Zeichen mangelnder Liquidität. Als erfreulich stufte er die Einsparungen beim Energieverbrauch ein. Die gleich bleibenden Personalkosten wurden von der GLP ebenfalls positiv zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der Wasserversorgung betonte Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) nochmals die Problematik des gesunkenen Verbrauchs und der Fixkosten.

Als Fazit sah er es als bedenklich an, dass sich die Gemeinde derzeit vom Tafelsilber finanziere und konstatierte, dass künftig eine andere Finanzierung erforderlich werde.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung erfolgte die Feststellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2005 mehrheitlich bei 2 Enthaltungen der GLP. Einstimmig stellte das Gremium dagegen die Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2005 fest.

### **TOP Ö 3 Rechnungsergebnisse bei der Abwasserbeseitigung – Ausgleich von Kostenüber-/unterdeckungen der Jahre 2002 bis 2005**

Nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes sind Kostenüberdeckungen innerhalb der folgenden 5 Jahre auszugleichen, ebenso können Kostenunterdeckungen in diesem Zeitraum ausgeglichen werden. In den Jahren 2002, 2004 und 2005 entstand eine Gesamtunterdeckung in Höhe von 480.378 €. Da davon ausgegangen werden kann, dass der Verlust aus 2002 vollständig im Jahr 2006 und 2007 ausgeglichen wird, ist eine weitere Erhöhung der Abwassergebühren nicht erforderlich.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) sah diesen Tagesordnungspunkt als logische Konsequenz der vorherigen Stellungnahmen und signalisierte aufgrund der gesetzlichen Vorgaben die Zustimmung ihrer Fraktion.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) signalisierte ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktion.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab zu Bedenken, dass zwei verregnete Sommer die positive Prognose im Bereich Wasserversorgung „verhageln“ würden, betonte aber auch, dass die vielbesagten Fixkosten nicht gottgegeben seien, sondern den gesetzlichen Vorgaben entsprächen.

Er erkundigte sich nach der Anzahl der Abzugszähler für die Gartenbewässerung und deren Verbrauch. RAL Kroiher wird diese Daten erheben und bei der nächsten Sitzung mitteilen.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende betonte, dass die Gemeinde mit dem Regenrückhaltebecken bereits vorausschauend geplant habe und befürwortete zum sparsamen Verbrauch des „guten Wassers“ die Regenrückgewinnung.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) hinterfragte die großen Differenzen bei den Kostenunterdeckungen der einzelnen Jahre.

Bürgermeister Huckele begründete die Differenzen u. a. mit den Schwankungen beim Wasserverbrauch, der die Basis für die Berechnung der Abwassergebühr darstellt und der Bildung von Haushaltsresten.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) war der Auffassung, dass die Wasserversorgung explizit zur Konsolidierung des Haushalts herangezogen werde. Mit einem weiten Exkurs in die Wasserversorgung machte er deutlich, dass Wassersparen auch früher schon ökologisch sinnvoll gewesen sei, da Grundwassersenkungen zu beklagen waren. Die Vorlage werde von seiner Fraktion zustimmend zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung stellte das Gremium einstimmig das Rechnungsergebnis bei der Abwasserbeseitigung und den Ausgleich von Kostenüber-/unterdeckungen der Jahre 2002 bis 2005 fest, wobei die Gesamtunterdeckung in die Folgejahre vorgetragen wird.

#### **TOP Ö 4 Zuschussantrag an die TSG Eintracht Plankstadt 1890 e.V. für die Neuanlage eines Spielfeldes auf dem ehemaligen Reiterplatz**

Im Haushaltsplan 2006 wurde vom Gemeinderat ein Gesamtzuschuss von 27.600 € bereitgestellt, der gemäß den Vereinsförderrichtlinien ausgezahlt werden soll. Da der Baubeginn erfolgt ist, kann die 1. Rate an die TSG Eintracht Plankstadt 1890 e.V. ausgezahlt werden.

Bürgermeister Huckele berichtete, dass nach dem ersten Spatenstich derzeit die Drainage bei dem neuen Spielfeld gelegt werde und nach den Vereinsförderrichtlinien eine Teilauszahlung erfolgen kann.

Gemeinderat Andreas Berger (CDU) informierte, dass die Arbeiten bereits weiter gediehen seien und in den kommenden Tagen mit einer 2/3-Fertigstellung gerechnet werden könne. Bei Anhalten der trockenen Witterung könne in 2 Wochen mit der Einsaat begonnen werden. Er befürwortete die Auszahlung des Zuschusses.

Bürgermeister Huckele betonte, dass die Restzahlung erst nach Vorlage der Nachweise über den Herstellungsaufwand erfolgen könne, bei dem genannten Baufortschritt könne eine Auszahlung der ersten beiden Raten erfolgen.

Die sofortige Auszahlung der ersten beiden Raten befürwortete auch die Plankstadter Liste, so Gemeinderat Fredi Engelhardt, da die TSG Eintracht den Zuschuss dringend zur Finanzierung benötige.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) betonte, dass es vorliegend lediglich um die Auszahlung des bewilligten Zuschusses gehe und die Mittel im Haushalt bereitgestellt sind. Sie betonte, dass eine Auszahlung nur nach den Vereinsförderrichtlinien erfolgen sollte, wobei sie jedoch anerkannte, dass es beim Sportplatzbau schwierig sei, die „Fertigstellung des Rohbaus“ zeitlich zu bestimmen. Gegen die Auszahlung der ersten und zweiten Rate hatte sie keine Einwände. Die letzte Rate sollte jedoch erst nach Vorlage der erforderlichen Nachweise erfolgen.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) fand es erfreulich, dass die TSG ihre Expansionspläne realisiere, die Fraktion trauere jedoch weiterhin dem an dortiger Stelle geplanten Biotop nach.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde der Bürgermeister bei 2 Enthaltungen der GLP ermächtigt die Zuschussauszahlung an die TSG Eintracht Plankstadt e.V. für die Neuanlage eines Spielfeldes auf dem ehemaligen Reiterplatz nach den Vereinsförderrichtlinien vorzunehmen und die ersten beiden Teilbeträge in Höhe von 20.700,-- € auszusahlen.

#### **TOP Ö 5 Wärmeversorgungskonzept Friedrichschule und Turn- und Schwimmhalle - Auftragsvergabe zur Erneuerung der Kesselanlage in der Turn- und Schwimmhalle**

Da der Betrieb der beiden Erdgaskessel in der Friedrichschule aufgrund des hohen Alters unwirtschaftlich ist und mit einem Totalausfall jederzeit zu rechnen ist, wurden im Haushaltsplan 2006 Mittel für die Sanierung bereitgestellt.

In der Turn- und Schwimmhalle ist ein Kessel aus dem Jahre 1988 in Betrieb, der noch aus den sechziger Jahre stammende zweite Kessel wird nur in Notfällen in Betrieb genommen. Die ursprüngliche Planung sah vor, die Schule an die Wärmeversorgung des vorhandenen Kessels der Turn- und Schwimmhalle anzuschließen. Jedoch musste im April der Kessel wegen Leckstellen am Wärmetauscher der Heizanlage außer Betrieb genommen

werden, dieser müsste ersetzt werden. Aufgrund der bisherigen Betriebslaufzeit wurde eine Reparatur nicht für sinnvoll erachtet.

Der Einbau eines neuen Brennwertkessels wurde durch das Ingenieurbüro Hülsemann ausgeschrieben. Die Submission erfolgte am 29. August 2006.

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) bemängelte, dass aus der Vorlage die Zusammensetzung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von rund 12.000 Euro nicht klar hervorgehe. Er signalisierte Zustimmung seiner Fraktion.

Auch Gemeinderats Horst Kolb (PL) stimmte im Namen seiner Fraktion zu, da dies eine sinnvolle Maßnahme sei.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) hatte Fragen zu der Funktion des Wärmetauschers, den Wärmeverlusten, dem Wirkungsgrad und der Zuschaltung des Spitzenkessels.

Bürgermeister Huckele erteilte Herrn Fachingenieur Hülsemann, der die Arbeiten ausgeschrieben hatte, das Wort. Herr Hülsemann erläuterte, dass es sich bei dem alten und bei dem neuen Kessel um Brennwertkessel mit Wärmerückgewinnung durch das Abgas handle. Da die bisherigen Kessel überdimensioniert waren, ergebe sich allein schon daraus eine deutliche Einsparung. Wie oft der zweite Kessel zum Einsatz komme, hänge von der Nutzung und den Außentemperaturen ab.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) relativierte die auf den ersten Blick einfache Beschlusslage. Er wollte wissen, ob bei der Neukonzeption auch alternative Heizungsarten erwägt worden seien, z.B. die Holzpellet-Heizung. Er verwies auf einen Artikel der KliBA, in dem über diese neue Technologie in einer anderen Gemeinde versucht wurde, von den nicht erneuerbaren Brennstoffen wegzukommen. Er wollte auch wissen, ob ggf. die Möglichkeit von Solarnutzung geprüft worden sei.

Bürgermeister Huckele verwahrte sich dagegen, dass die Verwaltung wenig innovativ und rückständig sei und keine neuen Wege gehen wolle.

Herr Fachingenieur Hülsemann unterstützte ihn dabei, indem er erläuterte, dass derzeit noch nicht sichergestellt sei, dass die Pellets in ausreichender Anzahl über die gesamte Heizperiode zur Verfügung stehen, gerade im letzten Winter sei es einige Male zu Versorgungsengpässen gekommen. Außerdem müssten auch die räumlichen Verhältnisse beachtet werden. So sei beispielsweise beim Bau der Heizung für das Rathaus und die Seniorenwohnanlage kein genügender Platz für Lagertanks für die erforderliche Menge von Holzpellets vorhanden gewesen.

Auch Bauamtsleiter Boxheimer stellte den ökologischen Nutzen in Frage, da die Holzpellets mit LKW's aus Osteuropa in die hiesige Region transportiert werden und bezweifelte, ob die Abgase der LKW's die umweltverträglichere Pelletheizung aufwiege.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) wertete dieses Argument als Propaganda gegen diese neue Heiztechnik, da inzwischen Holzabfälle zur Herstellung der Holzpellets verwendet werden.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) nahm die geführte Diskussion zum Anlass, eine Fortbildungsveranstaltung zu den Themen zukunftsorientierte Energien und Feinstaub zu initiieren. Bürgermeister Huckele schlug vor, dies im Rahmen der Agenda-Gruppe zu behandeln.

Bei 2 Gegenstimmen der GLP beschloss das Ratsgremium mehrheitlich den Auftrag zur Erneuerung der Kesselanlage für die Turn-/Schwimmhalle und die Friedrichschule an die Firma Schmitt aus Eppelheim zum

Angebotspreis in Höhe von 41.357,58 € zu vergeben.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) ergänzte im Nachtrag den Beschluss, dass im Auftrag ausgeschlossen werden müsse, dass die Arbeiten Subunternehmer übertragen werden.

### **TOP Ö 6 Fertigstellung der Verkehrsflächen im Gewerbegebiet „Nord-West“ – Auftragsvergabe**

Im Gewerbegebiet „Nord-West“ sollten zum Schutz der Asphalttragschicht und der bereits eingebauten Rinnenplatten die Straßen- und Gehwegflächen vollständig ausgebaut werden. Die hierfür erforderlichen Tiefbauarbeiten wurden ausgeschrieben. Zum Submissionstermin am 25. August 2006 lagen 6 Angebote vor, wobei die Firma Schön & Sohn aus Speyer mit einer Summe von 107,138,84 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hatte.

Gemeinderat Andreas Berger (CDU) machte deutlich, dass sich seine Fraktion für eine Zurückstellung der Maßnahme ausgesprochen habe. Er erkundigte sich, ob eine Leitungsverlegung zur Gas- und Wasserversorgung der unbebauten Grundstücke sichergestellt werde. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans ging man allerdings davon aus, dass die Maßnahme zurückgestellt werde. Seiner Auffassung nach sei die Tragschicht noch in Ordnung und nur an einigen Stellen schadhaft.

Bauamtsleiter Boxheimer erläuterte, dass vor dem Aufbringen der Verschleißdecke die notwendigen Leitungen in jedes Grundstück gelegt werden. Außerdem seien bereits viele Rinnenplatten defekt, nach seiner Auffassung sollte die Maßnahme durchgeführt werden.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) unterstützte die Auffassung der CDU-Fraktion und wollte die Maßnahme erst nach dem Verkauf von weiteren Grundstücken durchführen. Die Plankstädter Liste sehe die Gefahr, dass durch zukünftige Bautätigkeiten Schäden entstehen, für die kein Verursacher herangezogen werden könne.

Bauamtsleiter Boxheimer berichtete, dass im derzeitigen Neubaugebiet Gässeläcker vor und nach einer Baumaßnahme ein Protokoll gefertigt werde, um eine Überwachung möglich zu machen. Mit der Mittelbereitstellung im Haushalt und der Durchführung der Maßnahme sollten weitere Schäden vermieden werden. Das vorliegende Angebot sei sehr günstig und bei einem weiteren Abwarten werde es mit fortschreitender Jahreszeit problematisch, die Maßnahme fertig zu stellen.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) wollte wissen, wie lange die bisherige Straßendecke bereits genutzt werde und wie viel Ablösebeiträge bisher erhoben wurden. Die Tragschicht im Gewerbegebiet wurde bereits vor 6 Jahren aufgebracht und die bisher erhobenen Ablösebeiträge wurden unter der Haushaltsstelle – Erschließungsbeiträge – gebucht, entgegnete Bürgermeister Huckele.

Gemeinderat Werner Engelhardt (SPD) bewertete die Vorlage positiv. Nunmehr liege ein günstiges Angebot noch vor der Mehrwertsteuererhöhung vor, es sei lange genug abgewartet worden und die Maßnahme sei nun erforderlich. Er signalisierte seitens seiner Fraktion Zustimmung.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) plädierte für eine Vertagung.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) signalisierte Zustimmung zur Maßnahme, wenn sichergestellt werden könne, dass alle Anschlussleitungen im Grundstück eingebracht werden und der Zustand nach Herstellung der

Fahrbahndecke dokumentiert werde. Bei jeder Baumaßnahme sollte sichergestellt werden, dass bei einer Beschädigung der Verursacher ermittelt und in Regress genommen werden könne.

Bauamtsleiter Boxheimer erwiderte, dass man dies nie hundertprozentig sicherstellen könne, da die Verursacher oftmals sehr einfallsreich seien, wenn es darum ginge, Kosten von sich abzuwenden.

Gemeinderat Andreas Berger (CDU) fragte an, ob es möglich sei, mit der Firma zu verhandeln, die Leitungen in die Grundstücke zu verlegen und die Gehwege erst zu einem späteren Zeitpunkt herzustellen.

Bauamtsleiter Boxheimer konnte dabei Mehrkosten nicht ausschließen und plädierte dafür, entweder die Maßnahme komplett oder gar nicht durchzuführen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) stellte fest, dass bereits bei den Haushaltplanberatungen beschlossen worden war, die Maßnahme zurückzustellen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde die Auftragsvergabe zur Fertigstellung der Verkehrsflächen im Gewerbegebiet „Nord-West“ bei

7 Ja-Stimmen

CDU (Günter Kolb),  
SPD (4)  
PL (Gerhard Waldecker),  
Bürgermeister

7 Nein-Stimmen

CDU (Jutta Schuster, Oskar Sessler, Andreas Wolf, Andreas Berger)  
PL (Horst Kolb, Ulrike Breitenbücher, Fredi Engelhardt)

3 Enthaltungen

CDU (Hans-Peter Helmling)  
GLP (2)

abgelehnt.



## **TOP Ö 7-9 Bauanträge**

- Vollumfänglich entsprochen werden konnte dem Bauantrag zum Dachgeschossausbau mit Gaubenerrichtung auf dem Grundstück Flst.Nr. 204/7, Waldpfad 45. Der Beschluss zu vorgenanntem Baugesuch erfolgte einstimmig.
- Ebenfalls einstimmig konnten die Ratsmitglieder dem Bauantrag zum Neubau eines Wohnhauses auf dem Grundstück Flst.Nr. 1318/9, Waldpfad 30, vollumfänglich entsprechen.
- Im Rahmen des letzten Tagesordnungspunktes wurde das Einvernehmen zu einer Ausnahme der Veränderungssperre bezüglich des Bauantrags zur Errichtung einer Fahrzeugüberdachung auf dem Grundstück Flst.Nr. 4/1, Bruchhäuser Weg 19 mehrheitlich versagt.

## **TOP Ö 10 Bekanntgaben, Anfragen**

### **1. Radweg auf der K 4147 – Straße nach Wieblingen**

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) erkundigte sich danach, ob bei der Sanierung der Straße nach Wieblingen (K 9702 auf Heidelberger Gemarkung) ein Radweg vorgesehen ist.

Bürgermeister Huckele erklärte, dass dies die Planungen der Stadt Heidelberg nicht vorsehen.

### **2. Pflanzlehrpfad**

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) bemängelte, dass die Hinweisschilder auf den Lehrpfad nicht richtig befestigt seien und die Ausrichtung nicht stimme.

Bürgermeister Huckele versicherte Abhilfe.

Da bei den Pfosten zum Teil die Farbe abgeblättert sei, plädierte sie dafür, die Farbe vollständig zu entfernen. Dem entgegnete Bauamtsleiter Boxheimer, dass es günstiger wäre, die Pfosten neu zu streichen.

### **3. Kehrmaschine**

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erfragte, ob und wann die Kehrmaschine durch Plankstadt fahre, das Konzept sei nicht mehr nachvollziehbar. Sie befürwortete eine Kosten-Nutzen-Überprüfung.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass die Verwaltung gesetzlich verpflichtet ist, die Straßen regelmäßig zu reinigen. Der Kehrrhythmus sei bereits in der Vergangenheit auf ein Mindestmaß beschränkt worden. Die Kehrtermine werden jeweils im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

### **4. Rechenschaftsbericht**

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigt sich nach den noch bestehenden Stiftungen und deren Zweckbestimmung.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass die Sophie und Wilhelm Treiber Stiftung die einzige dieser Art ist. Die Erträge werden zum einen für den Ankauf von Anteilen verwendet, zum anderen fließen sie in die Notgemeinschaft.

## **5. Anwesen Gaststätte Adler**

Nachdem die Plane beim Anwesen Gaststätte Adler entfernt wurde, so Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP), zeige sich, dass das Glasdach beschädigt sei und erkundigte sich nach dem Stand der Dinge.

Bürgermeister Huckele verwies auf die Ausschuss-Sitzung am 21.09.2006, bei der Fakten und Einzelheiten behandelt werden.

## **6. Naturdenkmal Blutbuche**

Auch bezüglich des Naturdenkmal Blutbuche erkundigte sich Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) nach dem Stand der Sachlage.

Bürgermeister Huckele konnte keine Neuigkeiten berichten. Im Moment werde geprüft, ob im Gehweg und Straßenbereich Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind. Dazu ist eine Ortsbesichtigung der Behördenvertreter in der 38. Kalenderwoche vorgesehen.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte nach, ob ein Widerspruch gegen die Veränderungssperre im dortigen Gebiet eingegangen sei, der von Seiten der Gemeinde juristische Schritte erfordere.

Bürgermeister Huckele verneinte dies.

## **7. Plankstadter Straßenfest**

Gemeinderat Werner Engelhardt (SPD) bemängelte, dass die Standbetreiber zu spät von dem Ausfall der Toilettenanlage in der Leopoldstraße informiert wurden.

Bürgermeister Huckele erklärte, dass die Toilettenanlage wesentlich günstiger als bisher von der Stadt Heidelberg gemietet worden war, die allerdings keinen Notdienst stellte. Ein Mitarbeiter des Bauhofs habe den Defekt am Sonntag behoben. Ärgerlich dabei war, dass die Schilder an dem Toilettenwagen, die auf den Defekt hinwiesen, abgerissen wurden.

## **8. Gehwegreinigung**

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) kritisierte, dass es inzwischen eine Unsitte sei, den Gehweg nicht mehr ordnungsgemäß zu säubern. Dazu gehöre auch das Entfernen von Unkraut. Er regte an, den Gemeindevollzugsdienst stärker mit der Überwachung zu betrauen.

## **9. Verbot der Einfahrt für Radfahrer Wieblinger/Handschuhsheimer Straße**

Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU) regte an, dass die Radfahrer bereits an der Ecke Wieblinger-/Handschuhsheimer Straße mit einem Hinweisschild darauf hingewiesen werden, dass die K 4147 nicht mit dem Rad befahren werden darf.

Bürgermeister Huckele sicherte dies zu.

## **10. Bauwagen der Firma Wiegand**

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) erkundigte sich, ob der Bauwagen der Firma Wiegand dauerhaft in der Jahnstraße stehen muss. Zwischenzeitlich wachse Unkraut in diesem Bereich und eine generelle Säuberung wäre dringend geboten.

## **11. Bau der B 535/Rückstufung der Eisenbahnstraße**

Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) erfragte den Sachstand zur Herabstufung der Eisenbahnstraße. Bürgermeister Huckele klärte auf, dass die nach wie vor ausstehende Abrechnung der Ostumgehung (K 4147 neu) die Herabstufung der Eisenbahnstraße verhindert.

## **12. Häckselplatz**

Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) erkundigte sich, ob die in der Jahresrechnung angegebene Zahl der Gebühren für den Häckselplatz in Höhe von ca. 15.000 Euro nur auf die Gebührenmarken zurückzuführen seien, die an der Pforte im Rathaus verkauft werden können.

Bürgermeister Huckele vermutete, dass die überraschend hohe Summe der Gebühren aus der Tatsache resultiert, dass das Schnittgut aus der Rodung des Spielplatzes an der Paul-Bönnner-Straße und der Hecke entlang der Ringstraße kostenpflichtig angeliefert wurde. Er sicherte eine genaue Überprüfung zu.

## **13. Jahresbericht 2005 der KliBa**

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezog sich auf den Energiebericht der KliBA für das Jahr 2005, der im Beratungszimmer zur Kenntnisnahme ausgelegt war und fragte an, ob die GLP einen solchen Bericht mit näheren Erläuterungen des Umweltberaters erhalten könne. Bürgermeister Huckele sicherte dies zu.